die sich immer weiter verschärfende Flüchtlingskatastrophe, in der wir das Leid und die Toten überhaupt garnicht mehr zählen können.

Der Umgang der bürgerlichen Politiker:innen, Manager:innen und Medien mit der Situation und den Menschen auf der Flucht zeigt sehr genau, dass sie nicht vorhaben, hieran etwas zu ändern, sondern alles dafür tun, die Abschottung gegen Geflüchtete und von ihnen nicht gewollte Migration zu verschärfen. Dazu nutzen sie auch eine rassistische Stimmungsmache.

Was ist die Lösung? Was können wir tun?

Die Lösung für diese Situation ist so einfach wie sie schwer umzusetzen ist. Die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, die auf maximalen Profit und Konkurrenz aufgebaut ist und dadurch immer wieder unweigerlich zu Kriegen und Verteilungskämpfen führt ist der einzige Weg, Flucht und Vertreibung zu überwinden.

Nur in einer sozialistischen Gesellschaft, die auf der freiwilligen Kooperation und Solidarität der Menschen aufgebaut ist, können die oben genannten Fluchtursachen beseitigt werden. Nur dadurch kann verhindert werden, dass Zehntausende in der Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft auf den immer gefährlicheren Fluchtrouten den Tod finden.

Doch dies setzt die Überwindung der Spaltung von uns Arbeiter:innen als Klasse und den gemeinsamen Kampf für eine Zukunft, die nach unseren Interessen gestaltet wird, voraus.

Bis wir soweit sind, müssen wir den Druck auf die Herrschenden in Wirtschaft und Politik erhöhen und uns für die Rettung der Geflüchteten an den europäischen Grenzen einsetzen. Jetzt heißt es für uns, dass wir gegen jede Beteiligung Deutschlands an einem Krieg und die Einstellung aller Rüstungsexporte auf die Straße gehen müssen.

Für uns kann es daher keine andere Forderung geben, als die Aufnahme der Menschen die durch Krieg, Umweltzerstörung und Unterdrückung zur Flucht gezwungen werden. Sie dürfen nicht länger an den Mauern der Festung Europa sterben!

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 16991583* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Bild 1und 3: Pixabay.de - CC0

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 57 | Dezember 2021 www.perspektive-online.net

Durch die steigenden Preise werden wir jeden Monat ärmer

– Von Paul Gerber –

Die Thermometer in Deutschland nähern sich dem Nullpunkt immer weiter an und auch in unseren Wohnungen wird es kälter. Viele Menschen werden nun aber mit einem ganz besonders mulmigen Gefühl im Bauch heizen, denn die Preise wachsen weiterhin steil an. Der Preis von Heizöl beispielsweise hat sich gegenüber November 2020 glatt verdoppelt.

Aber nicht nur in diesem Bereich steigen die Preise: die allgemeine Teuerungsrate liegt nach wie vor bei 4,5 %. Und selbst wenn die besonders stark angewachsenen Energiepreise herausgerechnet werden, bleibt ein Preiswachstum von aktuell 3,1 %.

Es ist nur natürlich, dass sich die meisten Menschen Sorgen machen, dass die Preise weiter ansteigen oder auf diesem hohen Niveau bleiben könnten. Einige prominente Wirtschaftswissenschaftler hingegen versuchen, zu beruhigen. Aussagen wie „Alles wird gut, wenn ihr nur nicht zu hohe Löhne durchsetzt, denn dann müssen die Unternehmer:innen auch ihre Preise wieder nach oben schrauben“, hört man nun öfter in den Medien.

Wen es allerdings beruhigen soll, dass wir Arbeiter:innen bisher keine Lohnerhöhungen durchsetzen konnten, die diese enorm hohen Preissteigerungen auch nur annähernd ausgleichen könnten, bleibt das Geheimnis dieser Wirtschaftswissenschaftler:innen und Politiker:innen.

Die Erhöhungen der Löhne gleichen die Steigerungen der Preise bei weitem nicht aus!

Tatsächlich sieht es so aus, als würden wir Arbeiter:innen in diesem Jahr und vermutlich auch in den nächsten Jahren massive Reallohnkürzungen hinnehmen müssen. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung hat eine erste Übersicht der bisherigen Tarifabschlüsse veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, dass in kaum einer Branche Lohnerhöhungen von mehr als 2,5 % im Jahr durchgesetzt werden konnten.

Ganz im Gegenteil: In vielen Bereichen wurden Tarifverträge mit langer Laufzeit aber auch vielen sogenannten Nullmonaten abgeschlossen. Nullmonate sind Monate, in denen es zunächst zu überhaupt keiner Lohnerhöhung kommt und die Preissteigerungen somit voll auf das Lebensniveau der Arbeiter:innen durchschlagen.

Auch das Einkommen eines anderen Teils der Bevölkerung ist kaum angewachsen. Im September wurde eine Hartz-IV-Erhöhung von lächerlichen drei Euro im Monat ab dem 1. Januar 2022 beschlossen. Unnötig zu betonen, dass bei rasant steigenden Heizkosten und Lebensmittelpreisen, ein harter Winter auf die ohnehin schon ärmsten Menschen der Gesellschaft zukommt.

Allein die Kapitalist:innen haben Angst vor höheren Löhnen

Was also tun? Zuallererst dürfen wir nicht auf das Märchen hereinfallen, dass am Ende wir Schuld wären, falls Preis und Inflation immer weiter steigen, nur weil wir tatsächlich nicht hinnehmen wollen, dass unsere Löhne und Einkommen um 5 % pro Jahr an Wert verlieren.

Die Argumentation der Kapital-Verbände wird darin bestehen, dass sie nur deswegen die Preise erhöhen, weil die Kosten für die Produktion gestiegen sind. Wir dagegen verkaufen ihnen täglich unsere Arbeitskraft und hier fragt sich jetzt: Nach welcher Logik, sollen wir nicht mehr Geld verlangen, wenn die Produkte teurer werden, die wir brauchen, um unsere Arbeitskraft widerherzustellen?

Hierzu wird es aber nicht genügen, unsere Chefs auf diese einfachen Zusammenhänge hinzuweisen, wir werden Lohnangleichungen an die Preissteigerungen erkämpfen müssen. Zu allem Überfluss zeigt sich (mal wieder), dass die DGB-Gewerkschaften in den meisten Fällen nicht willens oder nicht in der Lage sind, die notwendigen Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Es gilt jedoch nicht nur auf individueller oder kollektiver Ebene von unseren Ausbeuter:innen mehr Lohn zu verlangen. Sondern wir müssen auch dagegen ankämpfen, dass die Regierung über die Erhöhung des CO2-Preises weitere Massensteuern einführt, die am Ende des Tages ebenfalls nur wir werden zahlen müssen. Denn die Kapitalist:innen werden auch diese Steuer einfach an uns weitergeben.

Eine Gelegenheit, diese Kämpfe zu verbinden bieten die Aktionstage des Bündnisses „Nicht auf unserem Rücken“. Dieses ruft vom 4. bis zum 11. Dezember in zahlreichen Städten zu Aktionen gegen die Teuerungen auf. Im Vordergrund stehen die drei Forderungen: Automatische Anpassung der Löhne an die Preis- und Mietenentwicklung! Sofortige Aussetzung von Strom-, Gas- und Wassersperrungen sowie Zwangsräumungen! Sofortiger Teuerungs-Zuschuss für Empänger:innen von Grundsicherung!

Weiter Infos unter: **https://nichtaufunseremruecken.noblogs.org/**

Sie schauen zu, wie die Menschen sterben!

– Von Kevin Hoffmann –

In den vergangenen Wochen konnten wir immer wieder die grausamen Bilder der hilflosen geflüchteten Menschen im Niemandsland zwischen der polnischen und belarussischen Grenzen sehen. Auf beiden Seiten eingepfercht von schwerbewaffneten Polizisten und Soldaten, die sie weder vor noch zurück lassen. In dieser unmenschlichen Situation, in der nach und nach die Menschen erfrieren, werden sie zum Spielball der Interessen verschiedener kapitalistischer und imperialistischer Staaten.

Gleichzeitig zeigt diese Situation eben auch, dass die „Festung Europa“ funktioniert. Während deutsche Rüstungsunternehmen Waffen in alle Welt exportieren und der deutsche Staat rückschrittliche Regime und Kriege auf der ganzen Welt unterstützt, schotten sie sich gegen die Geflüchteten ab. Sei es an der Grenze zu Belarus, auf dem Balkan oder der Mittelmeer. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer spricht aus, was in den Regierungsreihen und den Zentralen der Monopole gedacht wird: „Wir dürfen diese Migranten weder in der EU noch in Deutschland aufnehmen!“. Andere gehen noch weiter und sprechen gar von einem „hybriden Krieg“ gegen die EU.

Was ist die Ursache der Fluchtkatastrophe?

Jahr für Jahr steigen die weltweiten Zahlen der Menschen die ihre Heimat oder ihr Land verlassen müssen. Mindestens 84 Millionen Menschen sind mittlerweile auf der Flucht, rund 33 Millionen mussten dabei ihr Land verlassen.

Währenddessen werden in Deutschland, der EU und anderen kapitalistischen und imperialistischen Ländern über die möglichst effiziente Abwehr verhandelt und Organisationen wie die „Grenzschutzagentur“ Frontex immer weiter aus- und aufgerüstet. Dabei sind es diese Länder und ihre Monopole, die für die Fluchtursachen verantwortlich sind.

Imperialistische (Stellvertreter-)Kriege, Raubbau an der Natur für den größtmöglichen Profit und die Durchsetzung kapitalistischer Interessen sind die Ursachen, für